Anliegen der Bürger aufmerksam zu machen und nicht zuletzt auch um die Verwirklichung der Beschlüsse zu kontrollieren.

Für die Abgeordneten der örtlichen Volksvertretungen ist das F. im § 17 Abs. 2 GöV festgelegt. Für die Abgeordneten der Volkskammer läßt es sich aus Art. 61 Abs. 2 der Verfassung wie auch aus der Geschäftsordnung der Volkskammer (§ 12 Abs. 4 und § 34) ableiten.

In Ergänzung zum —» Anfragerecht, das an die Tagungen gebunden ist, kann das F. bei allen sich bietenden Möglichkeiten von den Abgeordneten genutzt werden.

Vielorts bewähren sich Fragestunden, die im Anschluß an Tagungen, anläßlich des „Tages der Abgeordneten“, bei Rathausgesprächen usw. abgehalten werden. Hier können die Abgeordneten Fragen, die sich z. B. aus Eingaben der Bürger, aus Sprechstunden und Rechenschaftslegungen oder aus der Tätigkeit der ständigen Kommissionen ergeben, an die Mitglieder des Rates und die Leiter der Fachorgane stellen. Auf diese Weise können viele Probleme ohne Zeitverlust geklärt werden. Gleichzeitig erhalten der Rat und seine Mitglieder bei dieser Gelegenheit wichtige Hinweise für ihre Leitungstätigkeit.

Gute Erfahrungen gibt es z. B. im Bezirk Magdeburg mit öffentlichen Fragestunden der Abgeordneten in den Betrieben der Industrie und Landwirtschaft. In der Regel finden diese Fragestunden in Verbindung mit Rechenschaftslegungen der staatlichen Leiter vor den Werk tätigen statt. In diesen Fragestunden spielt eine wichtige Rolle, wie die staatlichen Leiter ihre Verantwortung wahrnehmen, wie sie die Kollektive für einen hohen Leistungsanstieg mobilisieren. Gleichzeitig widerspiegeln diese Fragestunden, wie die Abgeordneten darauf hinwirken, daß effektiver, besser, billiger produziert und gegen Nachlässigkeit, ungenügende Ordnung, Disziplinlosigkeit, liberales Verhalten und Bummelstunden vorgegangen wird. Ein engagiertes Auftreten der Abgeordneten trägt dazu bei, ihre Autorität im Arbeitskollektiv und im gesamten Betrieb zu erhöhen.

Die Fragen der Abgeordneten sind - falls keine sofortige Klärung möglich ist - spätestens innerhalb von 10 Tagen zu beantworten. Erforderlichenfalls können die Abgeordneten

eine persönliche Aussprache verlangen. Die Leiter der staatlichen Organe, Betriebe und Einrichtungen sowie die Vorsitzenden der Genossenschaften sind verpflichtet, den Abgeordneten diese Aussprache unverzüglich, d. h. auch außerhalb der Sprechstage, zu gewähren.

Die weitgehende Nutzung des F. seitens der Abgeordneten und die sorgfältige, umgehende Beantwortung der Fragen durch die jeweils Verantwortlichen - beides stärkt gleichermaßen die Autorität der Volksvertreter.

freie Fahrt - Berechtigung der —» Abgeordneten und —» Nachfolgekandidaten zur unentgeltlichen Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel.

Die Abgeordneten und Nachfolgekandidaten der *örtlichen Volksvertretungen* sind gemäß § 18 Abs. 5 GöV berechtigt, im Zuständigkeitsbereich der betreffenden Volksvertretung - bei Stadtbezirken im gesamten Stadtkreis, bei Zugehörigkeit der Stadt oder der Gemeinde zu einem Gemeindeverband im Gebiet des Gemeindeverbandes - die öffentlichen Verkehrsmittel, die der Personenbeförderung dienen und im regelmäßigen Linienverkehr eingesetzt sind, unentgeltlich zu benutzen. Die Abgeordneten und Nachfolgekandidaten der *Volkskammer* haben das Recht zur f. F. auf allen Verkehrsmitteln innerhalb der DDR, die der öffentlichen Personenbeförderung dienen und im regelmäßigen Personenverkehr eingesetzt sind.

Die Abgeordneten und Nachfolgekandidaten haben die Berechtigung zur f. F. gegenüber den Beschäftigten der Verkehrsbetriebe durch Vorzeigen ihres —» Abgeordnetenausweises nachzuweisen. Ist die Benutzung von Verkehrsmitteln an bestimmte Bedingungen geknüpft (z. B. Besitz einer Platzkarte), sind die Abgeordneten und Nachfolgekandidaten an diese Bedingungen gebunden.

Beschluß des Staatsrates der DDR zur Verwirklichung der Rechte der Abgeordneten und Nachfolgekandidaten der örtlichen Volksvertretungen sowie von Bürgern, die in Kommissionen berufen werden, vom 25. 2. 1974 (GBl. 11974 Nr. 11S. 102); Beschluß des Präsidiums der Volkskammer der DDR über die Ausweise und das Recht auf freie Fahrt